

Rede  
Kiel, 17.09.2009

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## CO2-Endlager verbieten

Man mag es in Kiel kaum spüren, aber mitten in unserem Land, auf der Geest gärt es. Seit dem Kampf um das Atomkraftwerk Brokdorf hat dieses Land keine solche Bürgerbewegung gesehen. Aber an der Spitze der Bewegung stehen diesmal nicht Umweltaktivisten, sondern Bauern, Bürgermeister und andere bürgerliche Existenzen. Es sind nicht zuletzt wütende CDU-Mitglieder, die ihr Vertrauen in Peter Harry Carstensen verloren haben. Wie groß die Frustration über die Landespolitiker in dieser Frage ist, hat ja die NDR-Umfrage in der vergangenen Woche belegt. Gerade einmal 34 % glauben noch den Beteuerungen, es werde in Schleswig-Holstein kein Endlager geben. Dies wird sich auch nicht ändern, solange die Bundesebene der CDU, der SPD, der FDP und der Grünen nicht die Pläne für ein CCS-Gesetz endgültig beerdigt, und solange die CDU und die FDP in Schleswig-Holstein sich weiterhin Hintertüren offen halten.

Wie wenig handfest die Position der CDU ist, zeigt schon die gebetsmühlenartig wiederholte Position Peter Harry Carstensens, es werde kein Endlager gegen den Willen der Menschen geben. Eine klare Ablehnung der CCS-Technologie hört sich anders an. Spätestens nachdem Ende August durch Zufall herauskam, dass auf dem Flugplatzgelände in Eggebek ein kleines CO<sub>2</sub>-Projekt schon auf dem Weg war, glauben die Menschen dem Ministerpräsidenten nicht mehr – zu Recht. Dieses Forschungsvorhaben zur Vorbereitung der CO<sub>2</sub>-Endlagerung ist genehmigt worden, bevor Peter Harry Carstensen seine Versprechen abgegeben hat, dass bei uns nichts in Sachen CO<sub>2</sub>-Einlagerung geschieht. Nach dieser Erkenntnis hat er das Projekt aber eben nicht eingesammelt, sondern still und heimlich weiterlaufen lassen. Bis die Bürger ihm auf die Schliche kamen.

Wie wenig die Bundesebene kapiert hat, zeigt der Brief von SPD-Umweltminister Gabriel von Anfang September, in dem er den Kreis Nordfriesland auffordert, mit ihm für die Akzeptanz von CO<sub>2</sub>-Endlagern zu werben. Auch die Bundeskanzlerin, die in Flensburg ein CO<sub>2</sub>-Endlager mit einer Mineralwasserflasche verglich und später im ZDF der Bürgerinitiative die Bildung absprach, nimmt den Protest im Norden offensichtlich nicht ernst. Und auch die grüne Bundestagsfraktion will nach ihrem Positionspapier vom 3. März die CCS-Technologie großtechnisch erproben. Dass die Argumente der Protestbewegung nicht in die Hirne der Bundespolitiker vordringen, zeigt aber vor allem der Plan von SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier, die Steinkohlesubventionen zu verlängern. Das macht nämlich nur mit CCS Sinn. Wenn die großen Energiekonzerne ihr CO<sub>2</sub> in den Untergrund pumpen können, dann müssen sie nicht mehr die Klimapolitik fürchten, dann können sie Kohle länger nutzen und dann sparen sie das Geld für teure Emissionszertifikate. Darum – und nur darum – geht es in dieser Diskussion. Die Bundesregierung ist unter dem Druck von RWE, Vattenfall & Co eingeknickt. Das ist die traurige Wahrheit.

Eben deshalb, weil es um eine grundsätzlich falsche Richtungsentscheidung geht, betrifft der Protest auch längst nicht mehr nur Nordfriesland, Schleswig-Flensburg oder Ostholstein. Die Einwände der Bürgerbewegung gegen CCS sind grundlegend. Es geht nicht nur um Zweifel, ob man CO<sub>2</sub> für Jahrtausende sicher in einem Endlager einschließen kann. Es geht auch um die Frage, wie lange wir noch Kohlekraftwerke haben wollen. Die CO<sub>2</sub>-Endlagerung in Deutschland ist bisher nur ein unausgegrenztes, theoretisches Konzept und wäre frühestens in 20 Jahren reif. Zu dem Zeitpunkt wollen wir den Grundbedarf an Energie aber nicht durch die Verbrennung von Kohle sondern durch regenerative Energien decken. Die enormen öffentlichen Forschungsgelder, die für CCS nötig sind, müssen deshalb in zukunftssträchtige Energieformen gesteckt werden. Für unsere Geest kommt noch hinzu, dass wir den Untergrund möglicherweise noch als Druckluftspeicher benötigen, um die Energie aus der regenerativen Stromerzeugung speichern zu können und so grundlastfähig zu machen. Mit CO<sub>2</sub>-Endlagern würden wir uns selbst dieser Möglichkeit berauben. Das wäre schlichtweg dumm.

CCS dient nicht den Bürgern. CCS dient nicht dem Klima. CCS dient allein den Betreibern von Kohlekraftwerken, die zukünftig für CO<sub>2</sub>-Emissionen teuer bezahlen müssen. Die langfristigen Kosten für diese Technologie müssten aber die Steuerzahler tragen. Deshalb muss in Deutschland die unterirdische CO<sub>2</sub>-Endlagerung verboten werden. Das ist rechtlich durchaus möglich, denn die EU setzt sich zwar für CCS ein und fördert sie. Sie stellt es aber den Mitgliedsländern frei, inwiefern sie sie nutzen. Und wir wollen diese Technologie gar nicht nutzen!

Die Menschen in Schleswig-Holstein wollen weder ein CO<sub>2</sub>-Endlager noch

Forschungsexperimente im Vorfeld. Sie wollen eine andere Energiepolitik. Das sollten alle Parteien, die RWE-DEA und die Universität Kiel endlich respektieren. Der SSW fordert alle Kolleginnen und Kollegen auf, heute ein klares Signal des Respekts für die Meinung der Bürgerinnen und Bürger zu senden und für ein bundesweites Verbot zu stimmen.